



Pressemitteilung

Luxemburg, 6. Juli 2022

Prüfer haben Zweifel an den Ergebnissen des lokalen Ansatzes der EU-Regionalförderung

Das 1991 eingeführte "LEADER"-Programm – der EU-Ansatz zur Einbindung der lokalen Bevölkerung in die Entwicklung des ländlichen Raums – hat dazu beigetragen, lokales Engagement zu erleichtern. Der Ansatz ist jedoch kostspielig und die Genehmigungsverfahren sind langwierig. Mehr als ein Jahrzehnt nach einer ersten Prüfung zu dem Thema kommt der Europäische Rechnungshof in einem heute veröffentlichten Sonderbericht zu dem Schluss, dass es kaum Anhaltspunkte dafür gibt, dass der Nutzen des LEADER-Ansatzes die mit ihm verbundenen Kosten und Risiken überwiegt.

Die EU hat das LEADER-Konzept (auch als "von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung" beschrieben) für Projekte in ländlichen, städtischen und in Küstengebieten entwickelt, wobei sich die für den Zeitraum 2014–2020 eingeplanten Mittel auf bis zu 9,2 Milliarden Euro belaufen. Mit diesem Ansatz sollen das Wissen und die Erfahrung der örtlichen Bevölkerung genutzt werden, um deren Entwicklungsbedarf zu ermitteln. Aktionsgruppen vor Ort sind dabei von entscheidender Bedeutung: Sie tragen zur Gestaltung einer lokalen Entwicklungsstrategie bei, stoßen Projekte an, die dem lokalen Bedarf entsprechen, und entwickeln sie. Doch auch wenn LEADER auf dem Papier attraktiv erscheint, bleibt die Frage, ob sich dieser Ansatz vor Ort positiv ausgewirkt hat.

"Der LEADER-Ansatz wurde mit einem lobenswerten Ziel konzipiert: das lokale Engagement und die Selbstbestimmung der ländlichen Gebiete in der EU zu fördern", so Eva Lindström, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Dies führt zu zusätzlichen Kosten und Risiken, die jedoch gerechtfertigt sein könnten, wenn der Ansatz im Vergleich zu anderen EU-Ausgabenprogrammen einen zusätzlichen Nutzen erbrächte. Leider fanden wir keinen konkreten Nachweis dafür, dass dies der Fall war: Viele der von uns untersuchten Projekte hätten zu geringeren Kosten aus anderen EU-Fonds finanziert werden können."

Die Prüfer räumen ein, dass LEADER das lokale Engagement tendenziell erleichtert. Allerdings seien die lokalen Aktionsgruppen oft nicht repräsentativ besetzt: Frauen und junge Menschen seien nach wie vor nur spärlich vertreten. Der partizipative LEADER-Ansatz verursache hohe Verwaltungs- und Betriebskosten, verursacht etwa durch Maßnahmen zur Einbeziehung des lokalen Gemeinwesens und zur Unterstützung der Antragsteller; außerdem gebe es im Vergleich

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs. Bericht im Volltext unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditors eca.europa.eu

zu herkömmlichen Ausgabenprogrammen zusätzliche Verwaltungsaufgaben. Nach Angaben der Europäischen Kommission beliefen sich diese Kosten bis Ende 2020 insgesamt auf mehr als 1 Milliarde Euro – das entspreche einem Viertel der Gesamtausgaben. Die Verfahren zur Beantragung und Genehmigung von Projekten seien mit bis zu acht Schritten zu kompliziert und zu langwierig, so die Prüfer. Infolgedessen hätten nur 39 % der Projekte Fördergelder von den Mitgliedstaaten erhalten; die Slowakei habe gar keine Projekte finanziert.

Die Prüfer untersuchen auch die Art und Weise, wie die Mittel genutzt werden. In einigen EU-Ländern (z. B. in Deutschland) würden "LEADER"-Mittel auch für Projekte wie Dorfstraßen, Straßenbeleuchtung oder Kindergärten eingesetzt. Dabei handele es sich aber typischerweise um gesetzliche Aufgaben, die von den nationalen, regionalen oder kommunalen Behörden wahrgenommen werden müssen. Außerdem könnten geförderte Projekte – z. B. der Erwerb von Traktoren für Landwirte – mitunter besser und gezielter im Rahmen von nicht mit LEADER verknüpften Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums sowie im Rahmen anderer EU-Ausgabenprogramme angegangen werden.

Alles in allem befinden die Prüfer, es gebe kaum Anhaltspunkte dafür, dass der zusätzliche Nutzen von LEADER seine Kosten im Vergleich zu anderen Finanzierungsformen rechtfertige. Die Europäische Kommission untersucht zurzeit die Bedeutung, die Wirksamkeit, die Effizienz, die Abstimmung und den Zusatznutzen von LEADER. Ihre Einschätzung wird jedoch frühestens im kommenden Jahr veröffentlicht. In Anbetracht der zusätzlichen Kosten und Risiken und des nach wie vor nicht nachweisbaren Nutzens fordert der Rechnungshof eine eingehende Bewertung von LEADER und der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung.

Hintergrundinformationen

Im Zeitraum 2014–2020 war LEADER ein verpflichtender Bestandteil aller Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums. Seitdem schreibt die EU vor, dass die EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Kroatiens mindestens 5 % ihrer Fördermittel für den ländlichen Raum im Rahmen von LEADER ausgeben müssen.

Der Sonderbericht 10/2022 "*LEADER und von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung: Lokales Engagement wird gefördert, doch Zusatznutzen ist noch immer nicht ausreichend nachgewiesen*" ist auf der Website des Hofes (eca.europa.eu) abrufbar.

Im Rahmen dieser Prüfung wurde auch der im Jahr 2010 veröffentlichte Sonderbericht "*Umsetzung des LEADER-Konzepts zur Entwicklung des ländlichen Raums*" weiterverfolgt.

Der Europäische Rechnungshof stellt seine Sonderberichte dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU sowie anderen betroffenen Parteien wie nationalen Parlamenten, Wirtschaftsakteuren und Vertretern der Zivilgesellschaft vor. Der weitaus größte Teil der Empfehlungen, die er in seinen Berichten ausspricht, wird umgesetzt.

Pressekontakt

Pressestelle des Europäischen Rechnungshofs: press@eca.europa.eu

- Vincent Bourgeois: vincent.bourgeois@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 691 551 502
- Damijan Fišer: damijan.fiser@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 621 552 224
- Claudia Spiti: claudia.spiti@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 691 553 547